



## Niederschrift

### 60. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

---

|                        |                              |
|------------------------|------------------------------|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Dienstag, 07.02.2012         |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 18:00 Uhr                    |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 21:53 Uhr                    |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Raum 405, Hegelallee, Haus 1 |

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

|                           |                       |                     |
|---------------------------|-----------------------|---------------------|
| Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold | DIE LINKE             |                     |
| Herr Ralf Jäkel           | DIE LINKE             |                     |
| Herr Pete Heuer           | SPD                   |                     |
| Herr Hans-Peter Michalske | SPD                   |                     |
| Herr Peter Lehmann        | CDU                   |                     |
| Frau Saskia Hüneke        | Bündnis 90/Die Grünen | Leitung der Sitzung |
| Herr Björn Teuteberg      | FDP                   |                     |
| Herr Wolfhard Kirsch      | BürgerBündnis         |                     |
| Herr Hannes Püschel       | Die Andere            |                     |

#### stellv. Ausschussmitglieder

|                   |           |
|-------------------|-----------|
| Frau Jana Schulze | DIE LINKE |
|-------------------|-----------|

#### sachkundige Einwohner

|                            |                   |               |
|----------------------------|-------------------|---------------|
| Frau Kerstin Beyer         | Behindertenbeirat |               |
| Herr Frank Kulok           | BuergerBuendnis   |               |
| Herr Christopher Kühn      | FDP               |               |
| Herr Dirk Kühnemann        | Grüne/B90         |               |
| Herr Steffen Pfrogner      | DIE LINKE         | bis 18:55 Uhr |
| Herr Wolfgang Schütt       | CDU/ANW           |               |
| Herr Jan Hanisch           | DIE LINKE         | bis 21.15 Uhr |
| Herr Christian Schirrholtz | Die Andere        |               |

#### Beigeordnete

|                     |               |
|---------------------|---------------|
| Herr Matthias Klipp | Beigeordneter |
|---------------------|---------------|



- 3.1 Haushalt
  - 3.1.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 11/SVV/0906  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ortsbeiräte
  - 3.1.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013  
Vorlage: 11/SVV/0907  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ortsbeiräte
  - 3.1.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015  
Vorlage: 11/SVV/0948  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen  
alle Ortsbeiräte
  - 3.1.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012  
Vorlage: 11/SVV/0949  
Oberbürgermeister, KIS  
alle Ortsbeiräte
- 3.2 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam (Wiedervorlage)  
Vorlage: 11/SVV/0869  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung  
und alle Ortsbeiräte  
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen (ff)
- 3.3 Bebauungsplan Nr. 22 "Sterncenter", Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung,  
Teilbereich Stern-Center  
Vorlage: 11/SVV/0983  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.4 Masterplan für den Wissenschaftsstandort Golm  
Vorlage: 11/SVV/0993  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 3.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 16 "Zeppelinstraße/Kastanienallee",  
Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung, Teilbereich Allgemeines Wohngebiet  
Vorlage: 11/SVV/0998  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.6 Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 135 "Potsdamer Straße" und der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11 "Bornim-Hügelweg", Teilbereich Potsdamer Straße/Rückertstraße  
Vorlage: 12/SVV/0005  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.7 Jugend und Wohnen in Potsdam  
Vorlage: 12/SVV/0017  
Fraktion DIE LINKE
- 3.8 Strukturanalyse des Lkw-Verkehrs und Fortschreibung des Lkw-Führungskonzeptes  
Vorlage: 12/SVV/0019  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
auch alle OBR
- 3.9 Stadtbildpflege  
Vorlage: 12/SVV/0028  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.10 Qualitäten in der Speicherstadt sichern (vorgelagerter Uferweg Mittlere Speicherstadt)  
Vorlage: 12/SVV/0029  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Information über das Ergebnis der Überarbeitung der Fassade Humboldtstr. 1-2  
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 05.01.12 bis 25.01.2012 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 13.12.2011 und vom 17.01.2012  
Bereich Bauordnung
- 5 Sonstiges

## **Protokoll:**

## Öffentlicher Teil

### zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Frau Hüneke entschuldigt den Ausschussvorsitzenden und übernimmt die Sitzungsleitung.  
Die Sitzung wird eröffnet.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt als neue sachkundige Einwohner im SB-Ausschuss Herrn Frank Kulok (BürgerBündnis) und Herrn Christopher Kühn (FDP).

### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.01.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 17.01.2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit .9 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegt der Antrag auf Rederecht vom Bürgerverein Potsdamer Innenstadt zum TOP 3.3. (Erweiterung Stern-Center) für Frau Dr. Chwolik-Lanfermann vor.  
Seitens der Ausschussmitglieder erfolgen keine Einwände.

Herr Kühnemann erinnert an seine Bitte aus der vorletzten Sitzung, das integrierte Verkehrskonzept (umweltorientiertes Verkehrsmanagement) im SB-Ausschuss vorgestellt zu bekommen. Dies sollte möglichst in der nächsten Sitzung erfolgen.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Haushalt (2. Lesung)**

##### zu 3.1.1 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012**

###### **Vorlage: 11/SVV/0906**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ortsbeiräte

Herr Pfrogner stellt eine Nachfrage zur Information an den SB-Ausschuss vom 09.01.2012 auf Seite 12, hier Umsetzung haushaltsbegleitender Beschlüsse „Wettbewerbe für Planungen und Bauvorhaben (D S09/SVV/0746)“  
Die im Aufgabenfeld Städtebau, Stadtplanung, Stadtentwicklung für die Haushaltsplanung 2012 vorgesehenen 100.000,00 € für die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 104 „Heinrich-Mann-Allee/ Kolonie Daheim“ mussten unter Beachtung anderer prioritärer Bedarfe in Anbetracht der notwendigen

Einschränkungen des vorgegebenen Budgets auf die Jahre ab 2014 verschoben werden.

Er kann diese Entwicklung nicht mittragen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erläutert, dass die B-Pläne für die Kunersdorfer Straße (50.000,00 €) nicht mit Wettbewerbsverfahren verwechselt werden dürfen.

Wettbewerbe werden durchgeführt: Plantage, Uferwege Havelufer Alte Fahrt.

Herr Kirsch fragt bei Herrn Pfrogner nach, welchen Vorschlag er zur Gegenfinanzierung hat.

Dies wird durch Herrn Pfrogner verneint.

Frau Hüneke hinterfragt, warum im Haushaltsplan 2012 für die Seepromenade Groß Glienicke nun 500.000,00 € stehen und welche Ursachen dies hat.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) erläutert, dass es sich hier um keinen Mehraufwand handelt, sondern um die finanzielle Abbildung im Haushalt 2012. Die nicht verausgabten Eigenmittel der letzten zwei Haushaltsjahre sind haushalterisch gesichert. Zur Finanzübersicht der Maßnahme wird Herr Praetzel eine schriftliche Erläuterung zu Protokoll geben.

Herr Klipp führt aus, dass für die Jahre 2011/2012 jeweils 80.000,00 € für Barrierefreiheit im Haushalt veranschlagt sind.

Herr Lehmann erläutert, dass eigentlich schon mehr als 80.000,00 € für Projekte Barrierefreiheit verwendet wurden.

Herr Klipp führt kurz aus, dass der Planentwurf 2012 bisher nur eine geringfügige Aufstockung des Planansatzes aus der mittelfristigen Planung 2011 für die unterlassene Instandhaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen enthält.

Zur Aufrechterhaltung der Betriebs- und Verkehrssicherheit der Potsdamer Verkehrsanlagen ist die planmäßige Straßeninstandsetzung unbedingt erforderlich. Die bisherige Praxis ließ nur Teilflächensanierung zu. Zum überwiegenden Anteil konnten mit den Finanzmitteln nur punktuelle bzw. kleinflächige/-teilige Gefahren- und Schadstellen beseitigt werden. Damit der Lebenszyklus einer Straße wesentlich verlängert wird, sind mindestens ca. 5,7 Mio. € pro Jahr erforderlich. Dies ergäbe einen Wert von 1,00 €/m<sup>2</sup> Verkehrsfläche. Der aktuelle Ansatz für das Jahr 2012 entspricht einem Aufwand von ca. 0,39 €/m<sup>2</sup>.

Damit besteht immer noch eine große Differenz und es wird ein weiterer zunehmender Verfall von Straßen, Wegen und Plätzen zugelassen.

Herr Klipp bittet um Unterstützung der Stadtverordneten.

Auf die Frage von Herrn Kirsch nach der Größenordnung des notwendigen Budgets wiederholt Herr Klipp, dass es sich um ca. 5,7 Mio. € handelt.

Herr Lehmann teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird, da die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 noch nicht vorliegen.

Herr Klipp weist daraufhin, dass insbesondere problematisch ist, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept und die Parkgebührenordnung noch nicht beschlossen worden sind. Die geplanten Einnahmen können bis zur Beschlussfassung aufgrund der fehlenden finanziellen Deckung für die Instandsetzung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen nicht eingesetzt werden. Die Schere geht jeden Tag weiter auseinander.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis:**

|                  |   |
|------------------|---|
| Zustimmung:      | 3 |
| Ablehnung:       | 0 |
| Stimmenthaltung: | 7 |

**zu 3.1.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013**

**Vorlage: 11/SVV/0907**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ortsbeiräte

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung sind Grundlage für die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt Potsdam für den Haushaltsentwurf 2013. Bei der Aufstellung des Ergebnishaushaltes für das Haushaltsjahr 2013 sind die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche zu Grunde zu legen (Anlage 1).
2. Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013.

3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
4. Etwaige Veränderungen bei nichtzahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
5. Zur Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten in angemessener Weise auszuschöpfen (z. B. durch das Erreichen adäquater Kostendeckungsgrade).
6. Dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept ist zu folgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3  
 Ablehnung: 2  
 Stimmenthaltung: 5

**zu 3.1.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015**

**Vorlage: 11/SVV/0948**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen  
 alle Ortsbeiräte

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3  
 Ablehnung: 0  
 Stimmenthaltung: 7

**zu 3.1.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0949**

Oberbürgermeister, KIS  
 alle Ortsbeiräte

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2012.

**Abstimmungsergebnis:**

|                  |   |
|------------------|---|
| Zustimmung:      | 6 |
| Ablehnung:       | 0 |
| Stimmenthaltung: | 4 |

**zu 3.2 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam (Wiedervorlage)**

**Vorlage: 11/SVV/0869**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung  
und alle Ortsbeiräte  
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen (ff)

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) erinnert an die Frage von Herrn Heuer im Rahmen der 1. Lesung im SB-Ausschuss, was der FNP im Umgang mit der Waldfläche zur Folge hätte.

Wie den Ausschussmitgliedern bereits schriftlich mitgeteilt worden ist, erfolgte die Kontaktaufnahme mit der Forstbehörde und es erfolgte eine Anpassung in der Vorlage (sh. ausgereichte Austauschblätter).

Herr Goetzmann informiert nochmals zum Verfahren und verweist darauf, dass jede materiell inhaltliche Änderung einen neuen nach sich ziehenden Beteiligungsanspruch hat. Die Beteiligung an der öffentlichen Auslegungen kann nur durch diejenigen erfolgen, die von den aktuellen Veränderungen zur 4. öffentlichen Auslegung betroffen sind.

Herr Lehmann äußert, dass er der Vorlage, insbesondere zum Punkt 2, nicht zustimmen wird. Er kündigt an, in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Veränderung hinsichtlich Kirchsteigfeld-Süd (Verlängerung der R.-Huch-Str. bis zur Trebbiner Str. – westlich zur angedachten Straße Wald, östlich Verlängerung des Gewerbegebietes) zu beantragen.

Herr Goetzmann teilt mit, dass die Darstellung der angedachten Straßentrasse im FNP einen FNP-Widerspruch zur Folge hätte. Die Straße findet in der Darstellung nicht statt, da es sich um keine Hauptstraße handelt.

Frau Hüneke äußert verschiedene Fragen

- Umgang mit den Splitterflächen im Landschaftsschutzgebiet – Abwägung 1.5, S. 6.

Herr Goetzmann informiert, dass man davon ausgehen könne, dass diese Flächen für die Dauer des FNP bleiben. Veränderungen hätten voraussichtlich eine 5. öffentliche Auslegung zur Folge, weil im Moment die privaten Belange nicht absehbar sind.

- Abwägung 3.6.1 Lerchensteig – weitere Ausweitung als Grünfläche
- Abwägung zum Babelsberger Park 3.9.1 und 3.9.2

Herr Goetzmann berichtet, dass es nicht um einen Bolzplatz geht, sondern um einen wettkampftauglichen Sportplatz. Dieser bedarf einer Baugenehmigung. Diese Darstellung ist ein Vorschlag, um den Bürgerhaushaltsvorschlag umsetzen zu können.

- Abwägung 3.10 Griebnitzsee und 3.11 Lazarettfläche – bleibt die Grünflächenplanung unterhalb der Ebene des B-Planes möglich? Interesse Walderhalt – Sicherung der noch vorhandenen Waldreste

Herr Goetzmann informiert, dass es von der rechtlichen Warte her gesehen, einen früheren Versuch gegeben hat, einen eigenständigen Grünordnungsplan zu erarbeiten. Dies hat sich jedoch nicht bewährt. Baurechtliche Ansprüche werden nur über den B-Plan geregelt oder über Regelungen in Städtebaulichen Verträgen. Bsp. hier die Hoffbauerstiftung Hermannswerder (Beratung des Städtebaulichen Vertrages und ggf. Begleitung durch einen einfachen B-Plan).

- Abwägung zum Telegrafenberg 3.14.1

Herr Goetzmann berichtet, dass die Ausweisung jetzt wieder als Waldfläche erfolgt

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Änderungen des Flächennutzungsplan-Entwurfes nach der erneuten öffentlichen Auslegung (Stand: 09.02.2011) werden beschlossen (s. Anlage 1).
2. Die Abwägung über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Flächennutzungsplan-Entwurf (Stand: 05.08.2010, sowie Stand: 09.02.2011) wird gebilligt (s. Anlage 2 ohne Teil B/Kirchsteigfeld- Süd).
3. Der parallel mit dem Flächennutzungsplan aufgestellte Landschaftsplan wird zur Kenntnis genommen. In weiteren Planungen und Verwaltungsverfahren sind die im Landschaftsplan für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.
4. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Potsdam mit Umweltbericht wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum 4. Mal öffentlich ausgelegt (s. Anlage 3).  
Der gemäß § 7 Abs. 5 Brandenburgisches Naturschutzgesetz aufzustellende Landschaftsplan der Landeshauptstadt Potsdam mit Strategischer Umweltprüfung wird zum 4. Mal öffentlich ausgelegt (s.

Anlage 4).

5. Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 3 BauGB nur zu den geänderten Teilen des Entwurfes abgegeben werden (s. Anlage 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 1

**zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 22 "Sterncenter", Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung, Teilbereich Stern-Center**

**Vorlage: 11/SVV/0983**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (Bürgerverein Potsdamer Innenstadt) nimmt das erteilte Rederecht wahr und äußert, dass es nicht um die Auseinandersetzung zwischen den konkurrierenden Händlergruppen geht. Vielmehr betont sie, dass die Innenstadt alle angehe, jedoch noch nicht „soweit sei“ und Entwicklungschancen benötige. Sie richtet den Appell an die Stadtverordneten bei allen Diskussionen die Innenstadt zu berücksichtigen.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und erinnert an die Diskussion zum Einzelhandelskonzept. Die hier vorliegende Beschlussvorlage ist als Startschuss für das weitere Verfahren zu verstehen, um ein mehrstufiges Verfahren in Gang zu setzen.

Für den Fall von inhaltlichen Fragen schlägt Herr Goetzmann vor, diese an den anwesenden Vertreter der Betreibergesellschaft ECE, Herrn Scheuerl, zu richten. Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass die Einzelhandelsuntersuchung durch die Landeshauptstadt Potsdam beauftragt werden soll; die Bezahlung soll durch ECE erfolgen.

Herr Schütt verweist auf den Beschluss 08/SVV/0415 Einzelhandelskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam und auf die MV 10/SVV/0613 Zwischenbilanz Einzelhandelskonzept. Als Reihenfolge war erst festgelegt worden, erst die Bahnhofspassagen, dann das Stern-Center. Herr Schütt bittet um Informationen zum Stand der Erweiterung des Sortimentes in den Bahnhofspassagen.

Herr Goetzmann berichtet, dass ein umfänglicher Diskussionsprozess geführt worden ist, was die Begutachtung von unterschiedlichen Varianten der Sortimentsstrukturierung betrifft. Eine erste Beratung im Arbeitskreis Einzelhandel ist durchgeführt worden. Die Verwaltung hofft, im 1. Halbjahr 2012 einen Entwurf in Richtung öffentliche Auslegung vorlegen zu können.

Auch Herr Lehmann verweist auf die MV Zwischenbilanz Einzelhandelskonzept und zitiert daraus. Einen Widerspruch kann er nicht sehen.

Herr Heuer schließt sich Herrn Lehmann an. Die Sortimentsdarstellung ist entscheidend. Auch ein gewisser Druck für die Innenstadt ist erforderlich, um

einen Wettbewerb voranzubringen, der dazu zwingt, die Qualität in der Innenstadt zu verbessern.

Auf die Frage zur gutachterlichen Beauftragung von Herrn Teuteberg, informiert Herr Goetzmann, dass diese jegliche Auswirkungen für den Standort und das andere Gefüge der Stadt zwischen den Zentren und den Lagen der Einkaufszentren auf andere Center und die Zentralität zum Inhalt haben wird. Die Wechselwirkungen und der Effekt werden betrachtet. Die Begutachtung wird durch die selbe Gesellschaft, auf die sich das Einzelhandelskonzept bezieht, erfolgen.

Herr Teuteberg bittet den Vertreter der ECE um Auskunft zur vorgenommenen Besucherbefragung und zur konzeptionellen Entwicklung.

Herr Cornelius (Potsdamer Demokraten) hält es für sinnvoll nach dem Einzelhandelskonzept vorzugehen. Jedoch liegt für ihn die Priorität bei der Innenstadt. Seiner Meinung nach sollte ein Gutachten auf Verträglichkeit erst beauftragt werden, wenn die Potentiale der Innenstadt ausgeschöpft sind. Eine gegenseitige Befruchtung sieht er nicht.

Herr Dr. Gunold widerspricht den Äußerungen von Herrn Cornelius. Seines Erachtens sei der Widerspruch zwischen Stern-Center und Innenstadt "künstlich aufgebauscht". Die Innenstadt ist ein Touristenanziehungspunkt. Daher haben Stern-Center und Innenstadt unterschiedliche Zielgruppen. Er kündigt an, dem Aufstellungsbeschluss zuzustimmen.

Frau Hüneke bringt zum Ausdruck, dass es für Händler auf kleinen Flächen schwieriger ist als für große Center. In der Erhöhung des Drucks auf die Innenstadt sieht sie Gefahren dahingehend, dass eine Monokultur entsteht.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) berichtet, dass man gegenwärtig dabei ist, das Geschäftsstraßenmanagement auf „eigene Beine“ zu stellen. U.a. in Richtung Attraktivierung des Holländischen Viertels zur Stärkung der Innenstadt.

Herr Scheuerl (ECE) erhält als Vertreter des Investors das Wort. Er informiert, dass die Besucherbefragung einmal im Jahr in allen Centern nahezu zeitgleich erfolgt. Es sind 1.200 Leute befragt worden. Die Hälfte der Besucher kommt nicht aus Potsdam, sondern aus dem Einzugsgebiet im Westen. Von diesen Leuten besuchen auch sehr viele die Innenstadt. Genauere Zahlen könnten, wenn gewünscht, nachgereicht werden. Hinsichtlich der Konzeptentwicklung gibt es Überlegungen in Richtung Sportmarkt und Gastronomie. Bzgl. zentrenrelevanter Elemente wird eine gutachterverträgliche Lösung angestrebt. Flächen im Obergeschoss rund um den „Food Court“; ggf. ein größerer Bio-Markt und vorauss. 15-20 Ladeneinheiten.

Herr Teuteberg spricht sich dafür aus, ein Verträglichkeitsgutachten zu erstellen, jedoch hält er für besser, den Aufstellungsbeschluss zu einem späteren Zeitpunkt

in Abhängigkeit von dem Gutachten zu fassen.

Herr Goetzmann bemerkt nochmals, dass es sich um einen Aufstellungsbeschluss handelt. Dieser ist die Legitimation für die Verwaltung in irgendeiner Art zu arbeiten. Zu Beginn des Verfahrens – mit dem Aufstellungsbeschluss – ist nicht bekannt, was am Ende herauskommt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 22 „Sterncenter“ ist im Teilbereich Stern-Center gemäß § 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern (siehe auch Anlagen 1 und 2).
2. Eine Entscheidung über die Priorität für dieses Bauleitplanverfahren entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/SVV/059/2) und nachfolgender Aktualisierung soll im Rahmen der parallel in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Beschlussvorlage zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 3

**zu 3.4 Masterplan für den Wissenschaftsstandort Golm**  
**Vorlage: 11/SVV/0993**  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Heuer bringt den Antrag ein. Hinsichtlich des Titels Masterplan ist er dankbar für kreative Anregungen zur Änderung.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) bestätigt, dass der Begriff Masterplan eine relativ umfassende Planung vorsieht. Er macht deutlich, dass dies nicht leistbar wäre, da die Arbeitskapazitäten voll ausgeschöpft sind. Die Folge wäre, dass andere Arbeiten zurückgedrängt werden. Herr Goetzmann äußert aus diesem Grunde das Anliegen, das Verfahren „so schlank wie möglich“ zu machen. Es gibt bereits zahlreiche Einzelthemen, die bereits in eine konkrete Umsetzung gehen können. Von daher rät er von einer Bündelung in einem Masterplan ab.

Herr Heuer unterbreitet den Geschäftsordnungsvorschlag, den Antrag zurück zu stellen und in der übernächsten Sitzung erneut aufzurufen. Zwischenzeitlich sollten gemeinsame Überlegungen mit der Verwaltung erfolgen, welche in einem modifizierten Antragstext münden.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

**zu 3.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 16  
"Zeppelinstraße/Kastanienallee", Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung,  
Teilbereich Allgemeines Wohngebiet  
Vorlage: 11/SVV/0998**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und informiert, dass die im Vorhabenzogenen Bebauungsplan festgesetzte Wohnbebauung mit insgesamt 8 Einzelvillen bislang nicht realisiert werden konnte, da sie nach Aussagen des Vorhabenträgers heute nicht mehr auf dem Wohnungsmarkt nachgefragt werde. Aus diesem Grunde hat der Vorhabenträger ein geändertes Konzept für den Wohnungsbau entwickelt, nach dem ein geschlossener Baukörper mit behutsamem Übergang zum öffentlichen Uferweg sowie zur angrenzenden Wohnanlage realisiert werden soll.

Herr Kirsch stellt fest, dass es sich um einen geschlossenen Riegel, 4geschossig + Staffelgeschoss handelt.

Herr Klipp verweist auf die gewünschte Konzentration auf einen Baukörper. Dies bietet die Möglichkeit eine größere Anzahl von Wohnungen vorzuhalten. Das Vorhaben ist im Gestaltungsrat abgestimmt und nochmals geändert worden, die überarbeitete Fassung wurde vom Gestaltungsrat begrüßt.

Herr Kühn äußert, dass der Lageplan zu klein sei. Die Maßstäblichkeit zum Persiuspeicher ist nicht ablesbar. Er hätte sich einen stärker vertikal zerlegten Baukörper zum Wasser hin gewünscht.

Herr Klipp entgegnet, dass die Bevorzugung der horizontalen Streckung auf den Gestaltungsrat zurück gehe.

Auf die Frage von Herrn Heuer, weshalb die 8 Villen nicht vermarktungsfähig sind, informiert Herr Momper (Vorhabenträger), dass 10 Jahre ohne Erfolg versucht worden ist, die Wohnungen ab 160 m<sup>2</sup> aufwärts zu vermarkten. Deshalb habe man sich jetzt auf eine Mischung kleinerer und größerer Wohnungen orientiert, bei denen von einer Vermarktungsfähigkeit ausgegangen werden kann.

Auch Frau Hüneke bedauert die fehlende Darstellung im Kontext.

Herr Flender (Architekt) geht auf die Ableitung der Baufigur ein. Das

Solitärgebäude passt sich besser an, als die ursprünglich geplanten einzelnen Villen. Die Diskussion im Gestaltungsrat ist auf hohem Niveau geführt worden. Die Tiefgarage, die unter der „Welle“ liegt, bietet den Vorteil, dass jede Wohnung am Wasser liegt und keine, die nach hinten hinaus geht.

Frau Hüneke bittet künftig neben dem Vorhaben selbst auch immer auch die Nebengebäude in den Darstellungen/Planunterlagen abzubilden, um die Maßstäblichkeit besser beurteilen zu können.  
Zu diesem Vorhaben wird um Nachreichung des Planes noch vor der nächsten STVV gebeten.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

3. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 16 „Zeppelinstraße/Kastanienallee“ ist im Teilbereich des festgesetzten Allgemeinen Wohngebietes WA 1 und des festgesetzten Allgemeinen Wohngebietes WA 2 gemäß § 2 Abs.1 i. V. m. § 13 a BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern, der Durchführungsvertrag ist entsprechend zu ändern (siehe auch Anlage 1).
4. Das in Anlage 2 dargestellte Konzept soll die planerische Ausgangsbasis für diese Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans und des zugehörigen Durchführungsvertrags werden.
5. Eine Entscheidung über die Priorität für dieses Bauleitplanverfahren entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung soll im Rahmen der parallel in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Beschlussvorlage zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 3.6 Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 135 "Potsdamer Straße" und der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11 "Bornim-Hügelweg", Teilbereich Potsdamer Straße/Rückertstraße  
Vorlage: 12/SVV/0005**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein.

Zielstellung ist die Steuerung der Einzelhandelsnutzung.

Diskussionsbedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

6. Der Bebauungsplan Nr. 135 „Potsdamer Straße“ ist als einfacher Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 2a i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufzustellen (s. a. Anlage 1).
7. Der Bebauungsplan Nr. 11 „Bornim-Hügelweg“ ist entsprechend den Zielen des von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Einzelhandelskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam (s. DS Nr. 08/SVV/0415 vom 10.09.2008) zu ändern (s. a. Anlage 2).
8. Die erforderliche Prioritätenfestlegung zu diesen Planverfahren soll erst im weiteren Verfahren erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 3.7 Jugend und Wohnen in Potsdam**

**Vorlage: 12/SVV/0017**

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag, einschl. Ergänzung, ein.

Herr Püschel begrüßt die Intention des Antrages.

Auch Frau Hüneke hält die Verzahnung der verschiedenen Themen und die Einbeziehung der Betroffenenvertreter für gut.

Herr Böttche (Bereich Wohnen) bestätigt, dass eine breite Beteiligung zur Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes erforderlich ist. Er erinnert an den Beschluss der STVV aus dem vergangenen Jahr, in welchem die Berufung eines Gremiums, bestehend aus maximal 5 Personen, gefordert wird, welche die wichtigsten Kernthemen, wie Mieterschutz, Wohnungswirtschaft, Energie, Klimaschutz und demografischen Wandel repräsentieren.

Herr Böttche macht deutlich, dass auch die Einbeziehung junger Menschen erfolgen wird, jedoch nicht nur junger Menschen, sondern aller Betroffenen.

Es besteht Einvernehmen im Expertengremium, dass zunächst grundlegende Fragestellungen zu den Einflussfaktoren und Wirkmechanismen bei den

Wohnkosten zusammengetragen werden. Dazu und als eine Form der Bürgerbeteiligung sind zunächst eine

- offene Internetbefragung
- repräsentative Umfrage in der Landeshauptstadt Potsdam

vorgesehen. Im Weiteren müsse herausgearbeitet werden, wer an welcher Stelle was bewegen kann. Diese Reihenfolge dient der Sicherung eines geordneten Verfahrens zur systematischen Erarbeitung des Konzeptes „Erschwingliche Mieten für alle“.

Herr Böttche bringt für die Verwaltung zum Ausdruck, dass der Antrag entbehrlich sei, da er bereits in dem Beschluss aus dem Vorjahr enthalten ist. Im Übrigen sei eine besondere Vorgehensweise bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht zielführend und vom Expertengremium so nicht vorgesehen.

Herr Püschel betont, dass sozial schwache Menschen beteiligt werden sollen und kann von daher dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahren nicht folgen.

Herr Teuteberg äußert sich dagegen; es sollte kein Schritt zurück gegangen werden. Das von Herrn Böttche vorgeschlagene Verfahren ist gut. Mit dem Vorziehen einer Personengruppe, würden die anderen zurück gestellt werden. Herr Teuteberg empfiehlt dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Kirsch erkundigt sich, wer die Aufgabenstellung macht und wer die Experten sind.

Herr Böttche informiert, dass basierend auf dem o.g. Beschluss für die Leitung der Themengruppen

- Demografischer Wandel – Herr Dr. Pokorny (SVP, SB  
Verwaltungsmanagement)
- Klimaschutz – Herr Dr. Reusswig (Potsdam-Institut Klimafolgenforschung  
PIK)
- Energie – Herr Grzimek (Klimaschutzrat)
- Wohnungswirtschaft – Herr Hagenau (Koordinator AK Stadtspuren)
- Mieterschutz – Herr Dr. jur. Radloff (Deutscher Mieterbund,  
Landesverband BB)

gewonnen werden konnten. Sie wurden im November 2011 durch den OBM mit der Aufarbeitung des Themas beauftragt.

Herr Klipp ergänzt, dass die Themengruppen durch Experten aus der Verwaltung (Herr Wolfram für die Infrastruktur) und Institutionen (Herr Westphal PRO Potsdam) verstärkt werden, die an der Aufgabenstellung mitwirken.

Herr Kirsch erkundigt sich nach der Beteiligung der Freien Wohnungswirtschaft.

Herr Böttche teilt mit, dass gegen eine Beteiligung im Rahmen der beabsichtigten breiten Interesseneinbindung zu einem späteren Zeitpunkt nichts einzuwenden ist.

Herr Heuer spricht sich für den Antrag aus, da die im Antrag angesprochene Personengruppe am mobilsten ist.

Herr Jäkel betont, dass der Antrag die Beteiligung anderer Bevölkerungsgruppen nicht ausschließt. Alle Bevölkerungsgruppen sollten beteiligt werden.

Frau Schulze bestätigt die Aussage von Herrn Jäkel und informiert als Antragstellerin, dass der Antrag bzgl. der Terminstellung von der STVV im März auf die STVV im April 2012 geändert wird.

Herr Püschel äußert sich skeptisch gegen das vorgestellte Verfahren und die für das Expertengremium gewählten Mitglieder.

Herr Böttche macht nochmals deutlich, dass es für die Umsetzung des Beschlusses aus der STVV im September 2011 keine einfachen Antworten gibt.

Inhaltlich geht es um die Frage, wie einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen auch künftig angemessene Wohnungen in der Stadt finden können. Dabei sind plakative Forderungen, wie „Die ProPotsdam muss nur die Mieten senken“, nicht hilfreich. Vielmehr muss es gelingen, unter verschiedenen thematischen Ansätzen reale Einflussmöglichkeiten auf Wohnkosten aufzudecken um danach für unterschiedliche Problemstellungen passende Instrumente zu entwickeln. Eine für alles passende Antwort wird es nicht geben.

Der von der Antragstellerin geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in deren Sitzung am ~~07. März~~ **04. April** 2012 einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes der LHP gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011, DS 11/SVV/0542, erfolgen soll.

Ziel dieser direkten Beteiligung ist die Aufnahme der Anforderungen dieser Bevölkerungsgruppe an die städtische Wohnungspolitik der kommenden Jahre. Dabei sollten die dazu bereits erarbeiteten Positionen, z. B. die des Stadtjugendrings, des Archiv e.V., des ASTA und weitere, aufgenommen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |   |
|---------------|---|
| Zustimmung:   | 8 |
| Ablehnung:    | 1 |
| Stimmhaltung: | 1 |

### zu 3.8 **Strukturanalyse des Lkw-Verkehrs und Fortschreibung des Lkw-Führungskonzeptes**

**Vorlage: 12/SVV/0019**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
auch alle OBR

Frau Kucharzyk (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) informiert mittels Präsentation detailliert über die durchgeführten Untersuchungen und informiert über das Fazit als Ergebnis der Strukturanalyse:

- Lkw-Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen unter 5%
- Konzentration des notwendigen Lkw-Verkehrs auf Hauptstraßen (Vorrangnetz des Lkw-Führungskonzeptes)
- Anteil Lkw-Verkehr am ein- und ausfahrenden Verkehr von Potsdam: 3,5%, Anteil Lkw-Durchfahrer 0,4%
- kein flächendeckendes Problem in Potsdam
- Nachtfahrverbot für Lkw wird aufgrund der fehlenden Ermächtigungsgrundlage nicht gesamtstädtisch angeordnet
- Tempo 30 kann nur lokal nach Prüfung im Einzelfall angeordnet werden

Frau Kucharzyk geht auf verschiedene Vertiefungsbereiche, die genauer betrachtet worden sind, ein.

Auf Rückfragen und Hinweise verschiedener Teilnehmer, u.a.

- 2. Havelbrücke bis 2025 nicht berücksichtigt? (kann nicht erfolgen; keine Vorwegnahme der Szenarientscheidung StEK Verkehr)
- Unterscheidung der Begriffe Lkw-Vorrangnetz (innerhalb bzw. außerhalb Positivnetz) - Die Unterteilung des Vorrangnetzes wird in Abhängigkeit vom Netz für Gefahrguttransport nach GGVSEB (Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Schifffahrt) in das Vorrangnetz innerhalb des Positivnetzes und in das Vorrangnetz außerhalb des Positivnetzes untergliedert. Der Transport von gefährlichen Gütern ist in dem Positivnetz zulässig.
- Im Nachgang informiert die Verwaltung zu den durchgeführten Unternehmensbefragungen: Das Ingenieurbüro hat den befragten Unternehmen im Anschreiben für den Fragebogen die Einhaltung des Datenschutzes zugesichert. Der Stadt werden nur anonymisierte, aufbereitete Daten zur Verfügung gestellt. Dadurch sind keine Aussagen speziell zu einer befragten Einrichtung, wie beispielsweise der Bundeswehr möglich.
- Die im Anhang 17 dargestellte Routenplanung ist keine Empfehlung der Verwaltung, sondern unterschiedlicher Routenplaner. Bei dem Begriff „durch die Stadt“ ist die Wegeführung durch das Stadtgebiet gemeint.

Im Ergebnis erfolgt Verständigung, dass aufgrund der geringen Anzahl von durchquerenden Lkw keine weiteren Untersuchungen erforderlich sind.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das überprüfte und angepasste Vorrangnetz für den Lkw-Verkehr wird mit dem weiteren Verwaltungshandeln umgesetzt (Anlage).
2. Die empfohlenen Maßnahmen für die Vertiefungsbereiche sind von der Verwaltung umzusetzen.
3. Maßnahmen, die nicht im laufenden Geschäft der Verwaltung umgesetzt werden können, sind als gesonderte Beschlussvorlage einzubringen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 4

**zu 3.9**

**Stadtbildpflege**

**Vorlage: 12/SVV/0028**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) macht deutlich, dass das mit dem Antrag verfolgte Anliegen wichtig ist, jedoch als Verwaltung keine Möglichkeit gesehen wird, in dieser Sache etwas zu tun.

So ist es mit einer kaum zu wiederholenden Kraftanstrengung dennoch gelungen, im Zuge der Einführung von T-DSL eine Flut von neuen Schaltkästen in der Innenstadt und im Südosten so zu positionieren und z.T. gestalterisch einzupassen, dass grobe Verunstaltungen des Stadtbildes unterblieben sind. Dies war jedoch nur möglich, weil in erheblichem Umfang Zustimmungen und Genehmigungen der Stadt erforderlich waren, weil es gelungen ist, die Telekom zur Beauftragung eines begleitenden Ingenieurbüros zu bringen und zeitweise andere, selbst fristgebundene Aufgaben punktuell zurückzustellen. Dauerhaft ist dies keinesfalls möglich.

Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass es eine Fülle von Ansprüchen an den öffentlichen Raum gibt, bei denen es extrem geringe Freiheitsgrade für eine Lösung gibt. Hier handelt es sich um einen Aufwand, den die Verwaltung personell überhaupt nicht bewerkstelligen kann. Es ist eine reine freiwillige Leistung.

Herr Kühnemann erinnert an die früheren O-Bus-Leitungen, angespannt an den Häusern. Er plädiert dafür, Lösungen mit dem Verkehrsbetrieb zu finden, die sich nicht an Babelsberg orientieren sollten.

Herr Goetzmann teilt mit, dass von der technischen Seite gesehen, die Verankerung an Häusern schon daran scheitert, dass keine Einigung zwischen dem Verkehrsbetrieb und dem jeweiligen Hauseigentümer erzielt werden kann. Die einzige Möglichkeit ist, die Unterbringung losgelöst im öffentlichen Raum.

Herr Jäkel regt an, im Antragstext das Wort Straßenbahnleitung durch Straßenbahnoberleitung zu präzisieren und eine Empfehlung an den Verkehrsbetrieb zu geben.

Frau Hüneke stellt als Antragstellerin den Antrag zurück, um ggf. eine Lösung im Gespräch mit dem Verkehrsbetrieb zu suchen.

Herr Klipp ergänzt zur Kapazitätsfrage, dass auch eine Rechtsgrundlage zur Diskussion mit dem Verkehrsbetrieb nicht vorhanden ist.

Der Antrag wird zurück gestellt.

**zu 3.10    Qualitäten in der Speicherstadt sichern (vorgelagerter Uferweg Mittlere Speicherstadt)**

**Vorlage: 12/SVV/0029**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Garms (Bereich Grünflächen) informiert über das Ergebnis der Prüfung. Der für den Uferweg Nuthepark bis Vorderkappe mit den Abschnitten A, B und C vorgesehene Finanzrahmen in Höhe von 2,7 Mio. € - einschließlich 2,0 Mio. € - noch zu gewährender Fördermittel - wird trotz bereits erfolgter Qualitäts- und Leistungsreduzierungen durch die bisherige Planung völlig ausgeschöpft. Die Mittel für die notwendigen Planungsleistungen zur Abgabe vollständiger Genehmigungsanträge bei UWB / OWB und dem WSA Brandenburg müssen daher zusätzlich eingestellt werden.

Herr Jäkel greift den Hinweis auf und kündigt an, im Rahmen der HH-Debatte einen Antrag mit Benennung der Deckungsquelle einbringen zu wollen.

Zur Nachfrage von Herrn Jäkel, was im Zusammenhang mit den Planungskosten "anteilig"? bedeutet, teilt Herr Garms mit:

Die in Variante 1 und 2 genannten anteiligen Planungskosten beziehen sich auf die Planungsleistungen, die zur Abgabe vollständiger Antragsunterlagen tatsächlich nötig sind. Dies sind nur ein Teilbeträge der Gesamtplanungskosten bis zur Realisierung (bei Variante 1 = ca. 50.000,- €; bei Variante 2 = ca. 30.000,- €).

Dazu müssen die Leistungsphasen 1 - 4 (Grundlagenermittlung bis Entwurfsplanung) i.d.R. nicht vollständig bearbeitet werden und Eigenleistungen der Verwaltung werden ebenfalls abgezogen.

Bzgl. der Feststellung von Frau Hüneke, dass die Länge des Uferweges mit 160 m recht lang erscheint, informiert Herr Garms, dass die Länge des Weges anhand von Lageplänen ermittelt wurde und außer dem uferparallelen Weg die jeweiligen Anbindungen mit einschließt.

Der angenommene Weg verläuft von der Grundstücksgrenze beim Heizhaus vor den Baublöcken C und A sowie der Planstraße D der Mittleren Speicherstadt bis zum öffentlich zugänglichen Platz am Wasser beim historischen Speicher.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

#### **zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1        Information über das Ergebnis der Überarbeitung der Fassade Humboldtstr. 1-2**

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp greift den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, den Entwurf hinsichtlich der Fassadengestaltung zu überarbeiten und dabei den Gestaltungsrat einzubeziehen auf. Dies ist zwischenzeitlich erfolgt. Anhand von Bildern wird die überarbeitete Fassung erläutert.

Bzgl. der Farbgestaltung informiert Herr Klipp, dass die auf den Bildern dargestellte noch nicht die endgültige ist. Die farbliche Differenzierung ist noch nicht abgeschlossen.

Aus dem Gestaltungsrat zitiert Herr Klipp:

„Der Gestaltungsrat folgt dem Stadtverordnetenbeschluss, betont aber, dass eine Überarbeitung im jetzigen Entwurfsstadium nicht unbedingt erforderlich gewesen wäre, da der Ursprungsentwurf umfassend abgestimmt und positiv bewertet wurde.“

Frau Hüneke erinnert an die Forderung des Gestaltungsrates, Darstellungen mit den Ansichten der Nachbargebäude für die Beurteilung zur Verfügung zu stellen und mahnt dies erneut auch für den SB-Ausschuss an.

##### **zu 4.2        Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 05.01.12 bis 25.01.2012 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 13.12.2011 und vom 17.01.2012**

Bereich Bauordnung

Herr Tietjen (Bereich Bauordnung) informiert zu den in den Sitzungen 13.12.11 und 17.1.12 nachgefragten Vorhaben.

Herr Kühnemann macht aufmerksam, dass die BE zum Vorhaben Siemensstr. 3 noch offen ist.

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 05.01.12 bis 25.01.2012 wird um die Vorstellung folgender Vorhaben gebeten:

2012 -00213 R.-Breitscheid-Str. 24

2012 -00152 Gutenbergstr. 99 – Korrespondenz mit der Gestaltungssatzung?

2012 -00107 Breite Str. 7

2012 -00198 Am Neuen Palais

2012 -00219 Tornowstr. 30/33

2012 -00212 Ortsangabe fehlt

Herr Tietjen informiert, dass die Vorstellung in der Sitzung des SB-Ausschusses am 27.03.2012 erfolgen wird.

## zu 5      **Sonstiges**

Frau Schulze informiert über die Information eines Bürgers, dass in der Kirschallee eine Änderung von Wohnnutzung auf eine Nutzung im Musikschulbereich erfolgt sein soll und bittet um Auskunft, ob es hierzu einen Antrag gab.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) empfiehlt grundsätzlich zu solchen Fragen direkt den Bereich Bauordnung (Tel. 289 2611, e-mail: [Bauaufsicht@Rathaus.Potsdam.de](mailto:Bauaufsicht@Rathaus.Potsdam.de)) zu kontaktieren.

Herr Lehmann zitiert aus dem Protokoll der SB-Ausschusssitzung vom 25.10.11 „Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 27.09.2011 bittet Herr Lehmann (CDU) zum TOP 3.8

-Zitat aus Änderung S. 3

„Lt. DS11/SVV/0596 Bebauungsplan Nr. 128 „Trebbiner Straße / Am Silbergraben ist eine angemessene Verwendbarkeit dieser Fläche noch möglich“ den Zusatz zu ergänzen: zum 1. Absatz (nach Herrn Kahle)

„Baugenehmigungen sind wegen vorhandener Bebauung (2011 3 Häuser zusätzlich) möglich.“

und bittet um ein gemeinsames Gespräch zum Grundstück der Silbergraben GbR mit einem Vertreter des SB-Ausschusses und der Verwaltung.

Herr Goetzmann schlägt vor, dies im Ausschuss zu behandeln und es auf die TO des SB-Ausschuss am 13.3.2012 zu nehmen.